

Universität Salzburg
Fachbereich Kommunikationswissenschaft
Abteilung Kommunikationstheorien und Öffentlichkeiten
Rudolfskai 42 | 5020 Salzburg
Assoz. Univ. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Martina Thiele, M.A.
Sabine Bruckner, B.A.

Politik und Sprache

**Analyse parlamentarischer Initiativen
der FPÖ-Fraktion im Salzburger Landtag**

18.02.2019

WORUM GEHT ES?

In der konstituierenden Sitzung des FPÖ-Landtagsklubs am 4. Juni 2018 kündigt die Landesparteiobfrau Marlene Svazek an: „Unsere Mannschaft garantiert eine schlagkräftige Opposition, die der Regierung ordentlich auf die Finger schauen wird!“¹ Kritik und Kontrolle der Landesregierung gehören zu den wichtigsten Aufgaben einer Oppositionspartei. Die FPÖ-Fraktion nimmt diesen Auftrag sehr ernst, was zu einer Vielzahl an parlamentarischen Initiativen seit der Konstituierung des Landtags geführt hat. Die Beobachtung einer deutlichen Zunahme der parlamentarischen Initiativen und einer zum Programm der FPÖ passenden inhaltlichen Stoßrichtung werfen die Frage nach der Kommunikations- und politischen Strategie der FPÖ-Landtagsfraktion auf.

Im Mittelpunkt der Analyse stehen die Themen und Ereignisse, die die FPÖ-Fraktion zum Anlass nimmt, schriftliche und mündliche, z.T. dringliche Anfragen zu stellen. In einem zweiten Schritt identifizieren wir ausgehend von den festgestellten Themen und Ereignissen, Deutungsmuster, auf die die FPÖ zurückgreift, um Sachverhalte in einen übergeordneten Kontext zu stellen – etwa das Thema Gewalt an Schulen in den Kontext von Flucht und Migration. Dabei setzt sie auf bestimmte Begriffe, Redewendungen, rhetorische Figuren etc., die wir ebenfalls erheben. Eine unserer forschungsleitenden Annahmen lautet, dass es aufgrund der von der FPÖ betriebenen Themensetzung („Agenda Setting“) und des spezifischen Einsatzes sprachlicher Mittel zu einer Verschiebung der „Grenzen des Sagbaren“ in der politischen Debatte kommt.

METHODE

Unsere Erhebungsmethode ist die Inhaltsanalyse. Sie kombiniert quantitative und qualitative Verfahren und zielt darauf ab, durch eine kategoriengeleitete, systematische Vorgehensweise, Daten zu erheben, um dann von den festgestellten Merkmalen eines manifesten Textes auf latente Sinnstrukturen zu schließen. Der Untersuchungszeitraum bezieht sich auf die in der 1. (25.06. bis 27.06.2018) und in der 2. Session (03.7. bis 31.01.2019) der 16. Gesetzgebungsperiode eingebrachten Dokumente. Diese 136 Dokumente, die die Grundlage unserer Analyse bilden, sind in einer öffentlich zugänglichen Online-Datenbank des Salzburger Landtags abrufbar unter

<https://service.salzburg.gv.at/lpi/searchExtern?datumVon=&datumBis=&art=&>

¹ FPÖ-Landtagsklub hat sich konstituiert. Marlene Svazek einstimmig zur Klubobfrau nominiert. Meldung auf der Webseite der FPÖ Salzburg. Online unter: <https://www.fpoe-salzburg.at/news-detail/artikel/fpoe-landtagsklub-hat-sich-konstituiert/> (15.02.2019)

ERGEBNISSE

1. Quantitative Auswertung

Tabelle 1 gibt Aufschluss über die Zahl und Art der parlamentarischen Initiativen der FPÖ-Fraktion während der 1. und 2. Session. Dabei sind nicht alle Möglichkeiten einer Oppositionspartei, Stellung zu beziehen, im gleichen Umfang von der FPÖ genutzt worden. Deutlich erkennbar ist jedoch eine starke Zunahme der Aktivitäten, insbesondere der **Anfragen**, während der 2. Session.

Tabelle 1: Übersicht über die Zahl der FPÖ-Initiativen während der 1. und 2. Session
(bis zum 31.01.2019 eingebrachte Dokumente, orientiert an Sitzungstagen)

Sitzungstag	Anfrage	Dringlicher Antrag	Dringliche Anfrage	Antrag	Mündliche Anfrage
27.06.18 Session 1	5	1	1	4	4
03.10.18 Session 2	52	1	1	2	2
07.11.18 Session 2	6	1	1	2	3
19.12.18 Session 2	30	0	1	4	3
30.01.19 Session 2	4	1	1	4	2
Gesamt (n= 136)	97	4	5	16	14

Insgesamt wurden **136 parlamentarischen Initiativen** in der 1. und 2. Session der 16. Gesetzgebungsperiode eingebracht. Unterschieden nach Sitzungstagen und Art der Initiative zeichnet sich für den 3. Oktober und den 19. Dezember 2018 eine besonders hohe Anzahl an schriftlichen Anfragen ab (52 und 30 schriftliche Anfragen, an anderen Sitzungstagen durchschnittlich 5).

Die fünf eingebrachten Anfragen der 1. Session beziehen sich auf Themen wie Naherholungsgebiete, die Errichtungsförderung von Eigenheimen, die Vereinfachung von Verwaltungsstrukturen, den Wiener Life-Ball oder die Verwendung geschlechtergerechter Sprache.

Von den 92 in der 2. Session gestellten **Anfragen** beziehen sich 24 auf den Subventionsbericht 2017. Des Weiteren gibt es Anfragen zur Höhe ausbezahlter Sozialleistungen, zur „Instrumentalisierung von Sozialarbeitern für religiös-politische Zwecke“, zur Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Stadtautobahn, zur „Umweltzerstörung durch arabische Touristen“ sowie zur „Auflösung der Geburtenstation der Landeslinik Tamsweg“, wobei die Gefahr des „Aussterbens der originalen Lungauer“ heraufbeschworen wird.

Dringliche Anträge werden insgesamt vier gestellt. Bereits am ersten Sitzungstag der 16. Gesetzgebungsperiode (27.6.2018) beantragt die FPÖ-Fraktion, den Begriff „Heimatspflege“ in der Salzburger Landesverfassung zu verankern. Zur Sitzung am 3. Oktober folgt der Antrag, eine Volksbefragung zur Aufstellung von Windrädern im Lungau durchzuführen. In den beiden darauffolgenden Sitzungstagen Anträge, einen „Forderungs- und Zielekatalog für die Berufsgruppe der Salzburger Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen“ aufzustellen sowie für den „Erhalt von Tourismus- und Naherholungsgebieten“ vor allem für „die Einheimischen“ zu sorgen.

Die Zahl der **dringlichen Anfragen** für den gesamten Untersuchungszeitraum beläuft sich auf fünf. Gleich die erste Anfrage bezieht sich auf das Thema „Heimat und Naturschutz“. Weitere dringliche Anfragen stellt die FPÖ zu „Investitionen in die Tourismusschule Klessheim im Vergleich zur Schließung der Tourismusschule Bischofshofen“, zur „Nicht-Nachbesetzung der Radiologie-Kassenstelle in Zell am See“ und zu den „Kassenarztstellen in Salzburg“. Vor allem in den beiden letzten Dokumenten inszeniert sich die FPÖ als Anwältin der „kleinen Leute“ bzw. Kassenpatient*innen in Sachen medizinische Grundversorgung am Land. Ein politisches Naheverhältnis wird zuletzt noch LR Schwaiger unterstellt, der im Zuge einer symbolischen Bürobesetzung ein Gespräch mit Vertreter*innen des VGT geführt hat.

Anträge werden in der 1. Session gestellt zu Autobahnauf- und Abfahrten wegen der Staus aufgrund von deutschen Grenzkontrollen, zur Verwendung „ortsüblicher deutscher Vornamen in Schulbüchern“, zu Freifahrausweisen für Personen am zweiten Bildungsweg sowie zur Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Stadtautobahn. In der 2. Session stellt die FPÖ zwölf Anträge, mehrheitlich beziehen sie sich auf bürokratische Verfahren und Verwaltungsstrukturen oder thematisierten die Vergabe von Subventionen. So lautet eine

Forderung, eine Transparenzdatenbank einzurichten, in die „sämtliche Förderungen, die durch das Land Salzburg vergeben werden“ eingepflegt werden sollen.

Vier **mündliche Anfragen** werden in der 1. Session gestellt. Dabei geht es um Flucht und Asyl, Kinderbetreuung, die deutsche Autobahnmaut und die Aufsichtsräte in der Flughafengesellschaft. Zehn weitere in der 2. Session gestellte mündliche Anfragen widmen sich u.a. den Schließtagen von Kinderbetreuungseinrichtungen, dem „Sicherheitsbeirat des Landes“, dem als „Maulkorb-Erlass“ bezeichneten „Medienerlass für Salzburgs Schulen“, „der Stärkung der heimischen Wirtschaft gegenüber dem ausländischen Online-Handel“, der Unterstützung von „Traditionsvereinen“, die angeblich im Ringen um Subventionen leer ausgehen würden und den „Mautflüchtlingen supranationaler Unternehmen“, womit Lastkraftwagen nicht-österreichischer Speditionen gemeint sind. Sie würden sich zu „Lasten der Lungauer Bevölkerung“ der LKW-Maut entziehen.

Die Bildung von möglichst trennscharfen Kategorien ist entscheidend für inhaltsanalytische Verfahren. Durch die intensive Befassung mit den diversen parlamentarischen Initiativen der FPÖ und eine genaue Prüfung der in den Dokumenten verwendeten Begriffe und Formulierungen, die auf übergeordnete Themen schließen lassen, sind folgende **neun**, auch **Tabelle 2** zu entnehmende **Kategorien**, gebildet worden.

1. Heimatpflege, Traditionen, „Österreich zuerst“
2. Flucht, Asyl, Migration, Fremde/ „Ausländer“
3. Geschlechterordnung (inkl. Familie, Mutterschaft, Kinderbetreuung, Reproduktion, Antifeminismus, Homophobie)
4. Verkehr
5. Ökologie und Umweltschutz
6. Schule, Ausbildung, Beruf
7. Finanzen, Subventionen, Privilegien
8. Bürokratie, Verwaltung, Verfahren
9. Sonstiges

Jedem der **136 Dokumente** wurde eine **Hauptkategorie** zugewiesen. Zugleich sollte durch die Berücksichtigung von **Nebenkategorien** erfasst werden, dass in parlamentarischen Initiativen der FPÖ, konkret in den veröffentlichten Dokumenten, zumeist verschiedene Themenbereiche berührt werden. Besonders häufig, so unsere forschungsleitende Annahme

nach Durchsicht der Dokumente, werden diverse Themen in **Kombination mit den Kategorien 1 und 2**, also im Zusammenhang mit Fragen von Heimat, Nation und Tradition und/oder Flucht, Asyl, Migration, „Fremden“ und „Ausländern“ behandelt. Deswegen versammelt **Tabelle 2** in den letzten beiden Spalten Zahlen dazu, wie oft die in der Zeile genannte Kategorie **mit Kategorie 2 oder mit Kategorie 1 und/oder 2 kombiniert** wurde.

Tabelle 2: Verteilung auf Kategorien

	Kategorien	Haupt- kategorie	Neben- kategorie	Kombiniert mit 2	Kombiniert mit 1 und/oder 2
1	Heimatspflege, Traditionen, „Österreich zuerst“	2	8	6	6
2	Flucht, Asyl, Migration, Fremde/„Ausländer“	7	23	-	6
3	Geschlechterordnung	6	2	0	1
4	Verkehr	20	1	5	8
5	Ökologie und Umweltschutz	6	2	2	5
6	Schule, Ausbildung, Beruf	9	1	4	5
7	Finanzen, Subventionen, Privilegien	53	7	12	14
8	Bürokratie, Verwaltung, Verfahren	23	4	0	0
9	Sonstiges	10	0	1	1

Kategorie 1 Heimatspflege, Traditionen, „Österreich zuerst“ wurde als Hauptkategorie zwei Mal vergeben. Beide Male handelt es sich um „Dringliche Anträge“, die bereits zur ersten Sitzung gestellt wurden und in denen gefordert wird, den Begriff Heimatspflege in der Salzburger Landesverfassung zu verankern. „Heimat“ als ein zentraler Begriff im Weltbild der FPÖ soll, so der Eindruck, gleich zum Einstand prominent platziert werden sollte. Bei dem Ansinnen, den Begriff Heimat in der Landesverfassung stärker zu verankern, handelt es

sich offenbar um eine konzertierte Aktion, denn auch in anderen Bundesländern hat die FPÖ ähnliches gefordert. Als Nebenkategorie taucht Kategorie 1 zusätzlich acht Mal auf.

Kategorie 2 Flucht, Asyl, Migration, Fremde/„Ausländer“ steht in engem Zusammenhang mit Kategorie 1. Kategorie 2 ist sieben Mal Hauptkategorie, zudem 23 Mal Nebenkategorie, was darauf deutet, dass Kategorie 2 von der FPÖ auch mit anderen Themen/Kategorien überaus häufig in einen Zusammenhang gebracht wird. Folgen der Zuwanderung überlagern aus FPÖ-Sicht alle anderen gesellschaftlichen Fragen.

Kategorie 3 Geschlechterordnung umfasst verschiedene mit Fragen von Geschlecht verbundene Themen. Sie reichen von Familie und Mutterschaft über Berufstätigkeit, Kinderbetreuung bis hin zu Antifeminismus und Homophobie. Sechsmal ist Kategorie 3 Hauptkategorie, zweimal Nebenkategorie, einmal gibt es einen deutlichen Bezug zu Fragen von Heimat und Zuwanderung.

Kategorie 4 Verkehr ist mit zwanzigmaliger Codierung als Hauptkategorie ein häufig von der FPÖ traktiertes Thema. Sie nimmt, was Verkehrsfragen anbelangt, z.T. widersprüchliche Positionen ein, ist sowohl für „freie Fahrt für freie Bürger“ und gegen Tempolimits, als auch für Lärmschutz und Kostendeckelung bei Verkehrsprojekten oder auch Fahrverbote und Gebühren – wenn es sich um nicht-österreichische Verkehrsteilnehmer*innen handelt.

Kategorie 5 Ökologie und Umweltschutz ist sechsmal vertreten. Auch dieses Thema behandelt die FPÖ fünfmal unter dem Aspekt von Heimat und Fremdheit (Kategorie 1 und/oder 2). Österreichs wunderschöne Natur müsse vor der Umweltverschmutzung, für die Fremde verantwortlich seien, geschützt werden.

Kategorie 6 Schule, Ausbildung, Beruf kommt neunmal vor und wird immerhin fünfmal in einen Zusammenhang mit Heimat und Fremdheit (Kategorie 1 und/oder 2) gebracht, etwa wenn für Gewalt in den Schulen ausschließlich Schüler*innen nicht-österreichischer Herkunft als Verursachende ausgemacht werden.

Kategorie 7 Finanzen, Subventionen, Privilegien ist mit dreiundfünfzigmaliger Codierung als Hauptkategorie und siebenmaliger Codierung als Nebenkategorie die am häufigsten vergebene Kategorie. Deutlich wird dadurch das Selbstverständnis der FPÖ als „Finanzaufsicht“. Ein Fünftel (12 von 60) der parlamentarischen Initiativen zielt darauf ab, Migration als immensen Kostenfaktor zu Lasten der österreichischen Steuerzahler*innen darzustellen.

Kategorie 8 Bürokratie, Verwaltung, Verfahren ist mit dreiundzwanzigmaliger Codierung als Hauptkategorie ebenfalls häufig. Hier findet keine Bezugnahme auf die Kategorien 1

und/oder 2 statt. Die Initiativen zielen zumeist darauf ab, sich als Anti-Establishment- und Entbürokratisierungs-Partei zu positionieren.

Kategorie 9 versammelt Sonstiges und wurde zehnmal bei solchen Themen vergeben, die nicht in die Kategorien 1 bis 8 passen, zudem zu selten vorkommen, um eine eigene Kategorie zu bilden.

2. Qualitative Auswertung: Parteipolitische Positionen und Sprache im Spiegel parlamentarischer Initiativen

Die analysierten Dokumente zeugen von einem dichotomen **Denken in Gegensätzen und Feindbildern**. Auffällig ist die Unterscheidung zwischen „Wir“ und „Sie, die Anderen“. Zum „Wir“ gehören laut FPÖ alle „echten“, „autochthonen“ Österreicher*innen, die Einheimischen, die seit Generationen hier leben, das „Volk“. Zu „den Anderen“ zum einen der politische Gegner, die etablierten Parteien und ihre Vertreter*innen, auch z.T. heimische Eliten und in irgendeiner Weise laut FPÖ „Privilegierte“, letztlich „die da oben“; zum anderen – und hier findet eine überdeutliche Abgrenzung und z.T. auch Ausgrenzung statt – alle „Fremden“, nicht in Österreich geborenen, Migrant*innen und Asylwerber*innen. Sie werden durchgängig als etwas Bedrohliches inszeniert und in einen Zusammenhang mit negativen gesellschaftlichen Entwicklungen gestellt.

Ausgangspunkt dafür ist eine starre **Ordnungsvorstellung**, die auf einer scheinbar „natürlich gegebenen Ungleichheit“ (Holzer 1993: 34) basiert und das Fundament für ein anti-egalitäres, extrem rechtes Politikverständnis bildet. Natur wird dabei als unhinterfragbare Instanz gesetzt und findet sich in der Verbindung von Heimat und Natur-/ Umweltschutz ebenso wie in der **Vorstellung einer „natürlichen Gemeinschaft“**. In den Dokumenten der FPÖ lässt sich diese Haltung u.a. in Anfragen während der 1. Session feststellen. So wird etwa das „Land Salzburg als Naturparadies“, mit dem „wir verwurzelt sind“, beschrieben, „Umweltschutz als geliebter Heimatschutz“ definiert und gegen „massive Eingriffe“ wie 380 KV-Leitungen oder auch Tempo 80 auf der Stadtautobahn mobil gemacht (Session 1, 002-ANF). Desweiteren benutzen Mitglieder der FPÖ-Landtagsfraktion den Begriff **„autochthone Bevölkerung“**. Er meint „(von Völkern oder Stämmen) eingeboren, einheimisch, indigen“ (Duden online, 29.11.2018) und bedient die Vorstellung einer natürlichen oder ursprünglichen Gemeinschaft (eines Volkes), welche als besonders schützenswert dargestellt wird (Session 2, 049-ANF).²

² Verwendet wird diese Bezeichnung auch von Vertreter*innen der Identitären Bewegung Österreich (IBÖ), etwa von Patrick Lenart (2018: 4), einem Gründungsmitglied und Sprecher der Identitären, in seinem Text „Ist die Identitäre Bewegung

Der Bevölkerung wird dabei eine unveränderliche Identität zugeschrieben, deren Basis in Traditionen, dem Brauchtum, der deutschen Sprache oder auch in der christlichen Religion und einem dadurch „christlich geprägten Abendland“ verortet wird. Dieses Verständnis von nationaler Identität und letztlich völkischem Denken zeigt sich u.a. im Ansinnen, den Begriff „Heimatspflege“ in der Salzburger Landesverfassung zu verankern. Das Land Salzburg wird als „weltoffenes, tolerantes und christlich geprägtes Abendland“ beschrieben und die „Sicherung eines Weiterbestehens unserer Sitten und Gebräuche“ gefordert. Denn sie seien bedroht, durch „Zuwanderung verwässert“ zu werden (Session 1, Antrag 019).

Natur, Ungleichheit und Unveränderlichkeit spiegeln sich auch in der Verteidigung einer **heteronormativen Geschlechterordnung** und eines traditionellen Rollenverständnisses wieder. Das Streben nach dem Erhalt einer vermeintlich natürlichen Ordnung äußert sich in der Abwehrhaltung gegenüber Feminismus, Gender-Theorien und Homosexualität. In den Dokumenten der FPÖ zeigen sich jene Einstellungen deutlich beim Thema Kinderbetreuung oder auch in der Ablehnung eines geschlechtergerechten Sprachgebrauchs. In einer mündlichen Anfrage wird dabei polemisch angeführt, dass wohl nur „vollzeit-berufstätige Frauen als gesellschaftsvollwertig“ gelten würden. Entsprechend wird eine Aufwertung der Mutterschaft und häuslichen Kinderbetreuung gefordert (Session 1, Klambauer_muendlAnfr_fpoe_2s1s16gp.pdf), zumindest aber eine Orientierung am „Berndorfer Modell“. Familie ist im Sinne der FPÖ nur die heterosexuelle, auf Dauer angelegte Beziehung zwischen einem österreichischen Mann und einer österreichischen Frau mit dem Ziel, für Nachwuchs zu sorgen. Diese Haltung findet sich wieder in einer Anfrage, in der die Befürchtung zum Ausdruck kommt, dass die „originalen Lungauer aussterben“, wenn die Geburtsstation in der Landesklinik Tamsweg geschlossen wird (Session 2, 009-ANF). Andere Formen von Familie, Patchwork-Familien, Alleinerzieher*innen oder gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern, finden keine Erwähnung.

Ethnozentrismus als Ausgangspunkt für **Nationalismus** und **Rassismus** ist ein weiteres Element extrem rechter Überzeugungen. Er äußert sich in einem übersteigerten „Wir-Gefühl“, das zur Abwertung und Ausgrenzung des als fremd Definierten führt (vgl. Holzer 1994: 38). In den analysierten Dokumenten sind vor allem Elemente des **antimuslimischen Rassismus** zu erkennen. Geflüchtete werden dabei pauschal als Muslim*innen und Bedrohung der „eigenen Kultur“ gesehen. Die Unterstützung von Geflüchteten/ Migrant*innen durch Sozialleistungen (Mindestsicherung, Heizkostenzuschuss, Fahrkarten, Psychotherapie etc.)

Österreich extremistisch?“ Identitäre und FPÖ weisen ideologische wie personelle Schnittmengen auf. Wenn Leser*innen den erwähnten Text Lenarts aufrufen möchten, empfehlen wir die Verwendung von **donotlink.com**: “It is a defunct, offline URL-shortening service with an emphasis on making sure that the linked websites do not enjoy an improvement in search ranking as a result.”

wird grundlegend in Frage gestellt. Auffällig ist, dass Anfragen zu verschiedenen Sozialleistungen häufig mit Bezug auf die „**Flüchtlingskrise**“, die „Flüchtlingswelle“ oder auch nur „das Jahr 2015“ eingeleitet werden, wodurch bereits zu Beginn der Anfragen und Anträge der Eindruck erweckt wird, dass „das Jahr 2015“ in Sachen Migration eine Zäsur darstellt und Sozialleistungen ausschließlich und in unangemessener Höhe Migrant*innen zugutekämen. So ist die Rede vom „Leistungsbezug durch illegale Zuwanderer“ (Session 2, 023-ANF) und vom „enormen Kostenanstieg“ (Session 2, 125-ANF). Erhoben wird zudem der Vorwurf der „Kindeswohlgefährdung“ (Session 2, 004-ANF), die dadurch entstehe, dass seitens des Landes, im Besonderen des Sozialressorts und Dr. Schellhorn, nicht eingeschritten werde, wenn muslimische Kinder während des Fastenmonats Ramadan „völlig geschwächt im Unterricht sitzen“.

Bemerkenswert ist auch die Anfrage zur Tätigkeit von Schulsozialarbeiter*innen, bei der zum einen die Rede ist von „gewaltbereiten Flüchtlingskindern aus Kriegsgebieten, die eine potentiell gefährlichere Bedrohung als herkömmliche Problemkinder darstellen“ würden, zum anderen von „Schulsozialarbeitern“, denen unterstellt wird, sich nicht zu den Werten einer westlichen Demokratie zu bekennen und die stattdessen „ihre Verantwortung zu religiös-politischen Zwecken missbrauchen“, konkret zu „Hasspredigten, Rekrutierung für islamistische Anschläge, Aufhetzen, ...“ (Session 2, Anfrage, 050-ANF.pdf)

Dichotomisierung und der „Schutz des Eigenen“ reichen auch in den Bereich der **Finanzen** hinein. Das belegen die zahlreichen Anfragen (2. Session, 070 - 073-ANF, 055 - 083-ANF) zum Subventionsbericht 2017. In den einleitenden Passagen, die bei allen Anfragen ident sind, wird zuerst ein „verantwortungsbewusster Umgang mit Steuergeld“ angemahnt, um dann die „unterzeichnenden Abgeordneten“ als unfehlbare Kontrollinstanz darzustellen, die es als ihre Pflicht ansähen „den Vergabeprozess [...] kritisch zu hinterfragen“ (2. Session, Anfragen 055-ANF - 073-ANF). Der Landesregierung als Adressatin wird hingegen eine „fragwürdige Fördervergabe“ unterstellt und ihr die Fähigkeit zur „Beurteilung der Förderwürdigkeit“ abgesprochen. Die Fördernehmer*innen, über deren Subventionierung die FPÖ-Fraktion Auskunft erhalten möchte, lassen sich inhaltlich in zwei Gruppen einteilen. Zum einen sind es Initiativen und Vereine, die sich dem internationalen Austausch und der **Entwicklungszusammenarbeit** widmen, zum anderen **Kulturschaffende** und Künstler*innen. Deutlich wird durch die gezielte Auswahl der Projekte, deren Subventionierung der FPÖ missfällt, zum einen, dass eine Aufhebung gesellschaftlicher Ungleichheit im internationalen Kontext nicht mit dem Weltbild der FPÖ übereinstimmt. Im Subtext schwingt also immer auch eine rassistische Haltung mit, die sich gegen „Fremde“ und

internationale Solidarität richtet. Zum anderen eine kunstfeindliche Haltung, die letztlich darauf hinausläuft, kein Geld für solche Kunst zur Verfügung zu stellen, die emanzipatorisch und FPÖ-kritisch, kurz aus Sicht der FPÖ „links“, ist. Besonders an Integrationsprojekten wie dem Projekt „Heroes“ von akzente Salzburg, das sich an junge Menschen mit Migrations- und/oder Fluchterfahrung richtet und dabei auf das Peer to Peer Konzept setzt, stört sich die FPÖ. In ihren Anfragen zum Projekt oder dem Einsatz von Sprachhelfer*innen, die bei Elternabenden, in Kinder- und Jugendeinrichtungen oder bei Krankenhaus- und Arztterminen unterstützen (Session 2, 068 - 069-ANF), zeigt sich ebenso ein **antimuslimischer Rassismus** wie in Anfragen zu Initiativen, die Migrant*innen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz behilflich sind. So spricht die FPÖ im Zusammenhang mit der Beschäftigung des Lehrlings Ali Wajid im ARGEbeisl von „Quersubventionierung“ und unterstellt, den Ausbildungsplatz über Förderungen des Landes für die ARGEkultur zu finanzieren (045-ANF).

Rassistische Zuschreibungen finden sich auch in Anfragen, in denen es auf den ersten Blick um die vermeintlichen Privilegien von Landesbediensteten geht. Zu diesen Privilegien zählt nach Ansicht der FPÖ der Besitz eines Diensthandys. Behauptet wird schließlich ein Zusammenhang zwischen gestiegenen Telefonkosten und den gestiegenen Kosten für den Gebrauch von Diensthandys während der „Flüchtlingskrise“ (Session 2, 051-ANF).

Ähnlich verhält es sich bei den Themen Verkehr oder Ökologie, wenn etwa „österreichische Autofahrer vor der deutschen Autobahnmaut beschützt“ (Session 1, Schnoell_muendlAnfr_fpoe_2s1s16gp) werden sollen oder eine „Umweltverschmutzung durch arabische Touristen“ (Session 2, 031-ANF) unterstellt wird. Beim zweiten Beispiel scheut die FPÖ auch nicht davor zurück, zusätzlich noch das antimuslimische (und früher vor allem antisemitisch verwendete) Stereotyp des „grausamen Schächtens“ aufzurufen. Aufschlussreich sind auch Formulierungen wie „arabische Invasion“, „willentliche Umweltzerstörung“ oder „wilde Feuerstellen am Zeller See“. Der Anfragetext ist wiederum durchzogen von einer Dichotomisierung: auf der einen Seite „heimatliebende Österreicher“, die die wunderbare Natur schützen wollen, auf der anderen Seite „die Fremden“, die sich nicht benehmen können und die Umwelt zerstören. Unterstellt wird schließlich noch eine „ungleiche Behandlung von Österreichern und Ausländern“ bei der Sanktionierung und Bestrafung von Verstößen gegen Umweltschutzaufgaben. Besonders die Partei „Die Grünen“ sieht die FPÖ in der Pflicht, zu den „Vorkommnissen“ Stellung zu beziehen.

Die qualitative Analyse sollte den Stellenwert von Sprache für die politische Positionierung der FPÖ verdeutlichen. Sie bestätigt, was in früheren sprach- und kommunikationswissenschaftlichen Studien bereits konstatiert wurde. Zusammenfassend heißt es etwa bei

Schiedel (2014: 119), dass sich rechtsextreme Parteien und Bewegungen einer spezifischen von Gewaltmetaphern durchsetzten, aggressiven Sprache und eines auf Abwertung zielenden Kommunikationsstils in der politischen Auseinandersetzung bedienen. Dabei spielen Polemik, Diffamierung, Pathologisierung, Täter-Opfer-Umkehrungen und Vergleiche (z.B. Tiermetaphern) eine wichtige Rolle, ebenso der Rückgriff auf NS-Begriffe, Codewörter, Neologismen sowie Versuche der Re-Definition oder Umdeutung.

Konkret auf die FPÖ-Initiativen bezogen fällt auf, dass bestimmte Themen und Begriffe immer wieder in einen übergeordneten Zusammenhang gestellt werden. In der kommunikationswissenschaftlichen Fachdebatte wird das als „**Framing**“ bezeichnet, womit das Einpassen eines Themas in einen Deutungsrahmen gemeint ist mit dem Ziel, **eine bestimmte Lesart** des Geschehens vorzugeben. Auch von „**Stereotypenframes**“ ist die Rede, womit noch deutlicher auf den Zusammenhang zwischen Stereotypen und ihrer Verwendung in bestimmten Deutungsrahmen abgestellt wird. Ein klassisches Beispiel: Die Berichterstattung über Migrant*innen im Zusammenhang mit Kriminalität. Hier wird „den“ Medien zu Recht eine zu pauschale und letztlich diskriminierende Berichterstattung vorgeworfen. Auf diese Art der Vereinfachung und Generalisierung setzen aber nicht nur Medien, sondern auch politische Parteien wie die FPÖ. Journalist*innen handeln dann fahrlässig, wenn sie die einfachen Deutungsmuster und Schuldzuweisungen der Partei unhinterfragt übernehmen.

Deutlich wird, dass die FPÖ eine Vielzahl an Themen aufgreift und sie in ihr ideologisches Konzept einfügt. Dabei entstehen Verbindungen zwischen Themen, die auf den ersten Blick erstaunen mögen, weil nicht unmittelbar zueinander Passendes verbunden wird. Auf den zweiten Blick aber erweist sich ein Zusammenführen von Themen wie Umweltschutz und arabische Tourist*innen als „schlüssig“ im Sinne der FPÖ-Weltansicht und Kommunikationsstrategie, denn so ist es möglich, die Unterteilung in „wir“ und „sie“, „einheimisch“ und „fremd“, „gut“ und „schlecht“ etc. fortzuführen.

Wie eingangs beschrieben hat sich die FPÖ bereits zu Beginn der 16. Gesetzgebungsperiode in ihrem Statement zur Konstituierung des neuen Landtags 2017 als „starke Opposition“ und als besonders „aktive“ politische Partei in Stellung gebracht. Darin heißt es: „Wir freuen uns mit einem stark aufgestellten Team auf die nächsten fünf Jahre, in denen wir es der Landeshauptmannpartei mit einer starken Opposition nicht leicht machen werden. Die nächsten Wahlen kommen bestimmt“³, so Svazek abschließend.

³ FPÖ-Landtagsklub hat sich konstituiert. Marlene Svazek einstimmig zur Klubobfrau nominiert. Meldung auf der Webseite der FPÖ Salzburg. Online unter: <https://www.fpoe-salzburg.at/news-detail/artikel/fpoe-landtagsklub-hat-sich-konstituiert/> (15.02.2019)

3. Fazit

Die Analyse der parlamentarischen Initiativen, die die FPÖ-Fraktion in der 1. Session und 2. Session der 16. Gesetzgebungsperiode gestartet hat, ergibt, dass sich parteipolitische Positionen der FPÖ und Ideologeme im Sinne von Erklärungsansätzen und Deutungsmustern in den Texten und im Sprachgebrauch der Antragstellenden widerspiegeln. Diese Positionen und Ideologeme zeugen von einer rechten, wenn nicht gar rechtsextremen Gesinnung und einem geschlossenen, **auf Dualismen beruhenden Weltbild**. Ausgeschlossen ist dabei jedoch nicht, dass in der politischen auf **Populismus** setzenden Kommunikation **widersprüchliche Ideologeme** versammelt werden, beispielsweise wenn mit „Frauenrechten“ und „westlichen Werten“ gegen „Ausländer“ und „Muslime“ agitiert wird. Gabriele Dietze (2018: 35) spricht in diesem Zusammenhang vom „Islam-Sexualitäts-Emanzipations-Nexus“ als einem „dynamischen Paradox“, in dem „scheinbar widersprüchliche Faktoren – programmatischer Gender-Konservatismus, weibliche Führerschaft⁴ und die Behauptung, westliche Frauen seien bereits emanzipiert“ versammelt sind.

In den Anfragen und weiteren Dokumenten der FPÖ lassen sich neben **Antifeminismus** und **Antiislamismus** als eine Form von Rassismus all jene Elemente wiederfinden, die **Rechtspopulismus** nach Mudde/Kaltwasser (2017) oder Wodak (2016) kennzeichnen: dazu zählen **Rassismus**, **Nationalismus**, **Nativismus**, **Antipluralismus**, die **Kritik an Eliten** und dem **Establishment**, **Autoritarismus** und **Denken in Hierarchien**, die Forderung nach **Recht und Ordnung**, schließlich **Geschichtsrevisionismus** und **Täter-Opfer-Verkehrungen**.

Die Analyse hat gezeigt, dass fast immer ein beklagter (vermeintlicher) Missstand in einen **Zusammenhang mit Migration** gebracht wird. „Schuld“ sind zum einen „die Fremden“, zum anderen der politische Gegner bzw. die Parteien, die „die Fremden“ „ins Land geholt haben“, „gewähren lassen“ und „sogar noch finanziell unterstützen“. Die Konstruktion von **Feindbildern** ermöglicht es, komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge oder Uneindeutigkeiten auf einfache, stereotypisierte Vorstellungen zu reduzieren. Dieser Funktion bedient sich die FPÖ und auch die FPÖ-Fraktion im Salzburger Landtag erkennbar. Was nicht mit dem eigenen Weltbild vereinbar ist, wird als **Bedrohung** gesehen.

⁴ Im konkreten Fall scheint derzeit die Klubobfrau Marlene Svazek eine Führungsposition innerhalb der Salzburger FPÖ inne zu haben.

Für die politische Debatte und die politische Kultur hat diese Haltung Folgen. Zunächst, dass die anderen Parteien auf die Vielzahl der parlamentarischen Initiativen in irgendeiner Form **reagieren** müssen. Das kostet Zeit und Energie. Doch nicht nur die anderen Parteien müssen reagieren, sondern auch die **Medien** haben über die Initiativen der FPÖ zu berichten, wenn sie sich nicht dem Vorwurf der parteilichen und /oder einseitigen Berichterstattung ausgesetzt sehen wollen. So verändern sich die **politische**, die **Medien-** und die **Publikumsagenda**. Es werden Themen und (vermeintliche) Ursachen für gesellschaftliche Entwicklungen öffentlich verhandelt, die der tatsächlichen Problemlage nicht oder nur zum Teil entsprechen. Und es verschieben sich durch das bewusste Agenda Setting der FPÖ und ihren spezifischen Kommunikations- und Sprachstil die **Grenzen des öffentlichen Diskurses** bzw. dessen, was gesagt werden kann, ohne mit gesellschaftlichen Sanktionen und Ächtung rechnen zu müssen. Das ist eine im parlamentarischen Alltag ernüchternde Erfahrung. Dennoch sind demokratische Parteien und ihre Mitglieder angehalten, **Stellung zu beziehen**, **Sprachkritik** zu üben und Tag für Tag deutlich zu machen, warum bestimmte Positionen und Formulierungen **rechtsextrem**, **diskriminierend** und **demokratiegefährdend** sind.

Literatur

Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha (2015): Die Identitären. In: Jahrbuch Mauthausen 2015. KZ-Gedenkstätten und die neuen Gesichter des Rechtsextremismus. Wien: new academic press, S. 57-67.

Dietze, Gabriele (2018): Rechtspopulismus und Geschlecht. Paradox und Leitmotiv. In: Femina Politica. H. 1/2018, S. 34-46. Online unter: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.04> (Abrufdatum: 17.02.2019)

Götz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (2017) (Hg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären‘. Hamburg: Marta Press.

Holzer, Willibald (1993): Rechtsextremismus. Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Stiftung DÖW (1993) (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien: DÖW, S. 11-96.

Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristobal (2017): Populism. A Very Short Introduction. Oxford: University Press.

Peham, Andreas: Rechtsextremismus als politische und pädagogische Herausforderung. Online unter: http://www.doew.at/cms/download/5gm50/peham_rechtsextremismus_paedagogik.pdf (Abrufdatum: 05.12.2018)

Perterer, Manfred (2019): Provokation soll uns in die Populismusfalle locken. Gezielte Tabubrüche gehören heute zum politischen Handwerk. Wie kann man ihnen begegnen. In: Salzburger Nachrichten, 26.01.2019, S. 1.

Schiedel, Heribert (2014): „National und liberal verträgt sich nicht“. Zum rechtsextremen Charakter der FPÖ. In: Forschungsgruppe der Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hg.): Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analyse. Band 1. Wien: Mandelbaum, S. 113-145.

Thiele, M. (2015). Medien und Stereotype. Konturen eines Forschungsfeldes. Bielefeld: transcript.

Wodak, Ruth (2016): Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse. Wien, Hamburg: Edition Konturen.

Dudenredaktion (o. J.): „autochthon“ auf Duden online. Online unter: <https://www.duden.de/node/651065/revisions/1975768/view> (Abrufdatum: 29.11.2018)

Lenart, Patrick (2018): Ist die Identitäre Bewegung Österreich extremistisch? AK Nautilus. Online unter: https://www.ak-nautilus.com/pdf/Lenart_Ist_die_IBO_rechtsextrem.pdf (Abrufdatum: 29.11.2018)

Schmidt, Colette M. (2018): Aufregung über Rede von FPÖ-Politiker Eustacchio auf rechtem Kongress. In: Der Standard, 05.03.2018. Online unter: <https://derstandard.at/2000075516090/Aufregung-ueber-Rede-von-FPOe-Eustacchio-auf-rechtsextremem-Kongress> (Abrufdatum: 02.02.2019)

o.V. (2018): FPÖ-Landtagsklub hat sich konstituiert. Marlene Svazek einstimmig zur Klubobfrau nominiert. Meldung auf der Webseite der FPÖ Salzburg. Online unter: <https://www.fpoe-salzburg.at/news-detail/artikel/fpoe-landtagsklub-hat-sich-konstituiert/> (Abrufdatum: 15.02.2019)

Informationen zu den Autor*innen

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Martina Thiele, M.A., Assoziierte Professorin am Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg. Vorsitzende des Interdisziplinären ExpertInnenrats Gender Studies sowie Sprecherin der Doctorate School *geschlecht_transkulturell*. Zu den Schwerpunkten in Forschung und Lehre zählen Kommunikationstheorien und Mediengeschichte, Gender Media Studies, Stereotypen- und Vorurteilsforschung.

Publikationen siehe: https://www.uni-salzburg.at/fileadmin/multimedia/Kommunikationswissenschaft/documents/Personen/Thiele/Publikationen_052018.pdf

Sabine Bruckner, B.A., Studierende im Masterstudiengang Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg. Schwerpunkte: Geschlecht, Migration, Antifeministische Bewegungen (Rechtsextremismus).